Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 15 (1940)

Heft: 10

Artikel: Die Teuerung

Autor: Bickel, W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-101293

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Teuerung

Trotz der Überwachung der Preise und dem Verbot von Preiserhöhungen aller Art, das bei Kriegsbeginn erlassen wurde, sind die Lebenshaltungskosten in den letzten zwölf Monaten stetig gestiegen. Die Teuerung machte sich um so fühlbarer, als die Kleinhandelspreise schon in den Jahren vor dem Kriege beträchtlich in die Höhe gegangen waren. Der vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit berechnete Landesindex der Lebenshaltungskosten hat sich seit 1935, dem Jahre des tiefsten Indexstandes seit dem Weltkriege, wie folgt entwickelt.

Indexziffern der Lebenshaltungskosten — Juni 1914 = 100

Jahresmittel Monate	Nahrungsmittel	Brenn- u. Leuchtstoffe	Bekleidung	Zusammen ohne Miete	Miete	Gesamtindex
1935	114	114	114	114	181	128
1936	120	113	111	118	178	130
1937	130	116	120	126	175	137
1938	130	116	123	127	174	137
1939	132	116	121	129	174	138
August 1939	131	115	120	128	173	137
August 1940	146	138	147	145	173	151

Danach ist der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten seit 1935 um 23 Punkte, gleich 18 Prozent, und seit Kriegsbeginn um 14 Punkte, gleich 10 Prozent, gestiegen. Es bedeutet dies eine empfindliche Schmälerung der Lebenshaltung namentlich der minderbemittelten Schichten. Man erinnere sich daran, wie seinerzeit um jedes Prozent Lohnabbau gekämpft wurde; eine zehnprozentige Erhöhung der Lebenskosten ist jedoch eine ebenso große Verminderung des Realeinkommens, wie ein zehnprozentiger Lohnabbau bei unveränderten Preisen.

Vielen Leuten will es sogar scheinen, daß die Teuerung wesentlich größer sei, als der Index wiedergibt. Man muß jedoch bedenken, daß das Ausmaß der Preiserhöhungen leicht überschätzt wird. Einmal werden gerne die Artikel übersehen, die gar nicht oder doch nur wenig aufgeschlagen haben, wie zum Beispiel Milch, die seit Kriegsbeginn nur um 1 Rappen pro Liter oder 3 Prozent teurer geworden ist, oder Gas und Strom, deren Tarife bisher unverändert blieben. Vor allem übersieht die Hausfrau, die die Teuerung naturgemäß nach der Kaufkraft ihres Wirtschaftsgeldes bemißt und deren Urteil dasjenige des «Konsumenten» weitgehend bestimmt, fast immer die rückläufige Tendenz der Mietpreise, die, wie ein Vergleich der beiden Spalten «Zusammen ohne Miete» und «Gesamtindex» zeigt, die Aufwärtsbewegung der Lebenshaltungskosten stark abgebremst hat. Zum andern machen sich die meisten Konsumenten nicht klar, wie klein oder wie groß der Einfluß bestimmter Preisveränderungen auf das Gesamtniveau der Lebenshaltungskosten ist. Die Wirkung einzelner exorbitanter Preiserhöhungen wird fast immer überschätzt. Die Heraufsetzung des Preises für Grieß — ein doch nicht ganz unwichtiges Lebensmittel — um 100 Prozent erhöht zum Beispiel die Nahrungsmittelausgaben einer Durchschnittsfamilie nur um 0,12 Prozent, während die Verdoppelung des Milchpreises sie um 12 Prozent erhöhen würde. Wir geben im folgenden an Hand von Basler Haushaltungsrechnungen aus den Jahren 1936/37 eine kleine Liste von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln, die uns zeigt, um wie viele Prozente eine Preiserhöhung des betreffenden Artikels um 10 Prozent a) die gesamten Nahrungsmittelausgaben und b) die Lebenshaltungskosten überhaupt erhöht. Die Wirkung einer 20-, 30-, 40prozentigen Preissteigerung usw. läßt sich dann leicht ausrechnen.

	Nahrungsmittelausgaben %	Gesamtausgaben %
Milch	1,231	0,361
Butter	0,646	0,189
Käse	0,265	0,078
Eier	0,365	0,107
Rindfleisch	0,342	0,100
Brot	0,493	0,144
Mehl	0,057	0,017
Grieß	0,012	0,004
Reis	0,027	0,008
Kartoffeln	0,182	0,053
Konfitüre	0,031	0,009
Zucker	0,186	0,055
Kaffee	0,116	0,034
Kohlen	—	0,150
Gas	—	0,126
Lichtstrom	—	0,083

Vorausgesetzt ist, daß sich der Verbrauch nicht ändert. Damit berühren wir einen weiteren wichtigen Punkt. Es wird gerne darauf hingewiesen, daß die Teuerung durch eine freiwillige Konsumverlagerung erheblich abgeschwächt werden könne, wobei wohl vor allem an den Nahrungsmittelverbrauch gedacht wird. Da die Preise ungleichmäßig gestiegen seien, habe der Konsument es in der Hand, dem Verbrauch besonders teurer Artikel auszuweichen und dafür denjenigen relativ billiger Lebensmittel zu vermehren.

In der Tat wird eine Hausfrau, die mit ihrem Wirtschaftsgeld hauszuhalten versteht und ihre Nachfrage je nach den Preisen elastisch gestaltet, die Teuerung weniger stark empfinden als eine andere, die aus Gewohnheit oder Vorurteil auf dem Einkauf bestimmter teurer Artikel beharrt, obwohl andere ebenso gute oder billigere sie ersetzen könnten. Angesichts der Zähigkeit, mit der sich manche, mitunter völlig irrationale Konsumgewohnheiten erhalten, mag es auch zutreffen, daß ein erheblicher Teil der Konsumentenschaft sich der Bedeutung der vorhandenen Ausweichmöglichkeiten nicht voll bewußt ist und die Preisverschiebungen nicht genügend ausnützt. Anderseits hat die Konsumlagerung ihre Grenzen, und es steht keineswegs für jeden überteuerten Artikel ein vollwertiger Ersatz zur Verfügung. Je mehr zudem die Preise steigen, desto mehr wird der Verbrauch namentlich der minderbemittelten Schichten ohnehin auf die billigsten Nahrungsmittel zusammengedrängt, so daß eine Konsumausweichung immer schwieriger wird und jede Preiserhöhung wichtiger Nahrungsmittel eine fühlbare Verschlechterung der Lebenshaltung bedeutet.

Ähnlich liegen die Dinge in bezug auf die sogenannten Kulturausgaben. Wie aus unserer ersten Übersicht hervorgeht, ist im Index nur der lebensnotwendige Bedarf für Nahrung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und Miete vertreten, nicht aber der Aufwand für solche Zwecke wie Gesundheitspflege, Bildung, Erholung, Verkehr, Versicherungen usw. Nun sind die Ausgaben hierfür bisher in der Tat weniger stark gestiegen als die Preise des Existenzbedarfes. Eine ganze Reihe von Posten des Kulturaufwandes, wie zum Beispiel die Eintrittspreise der Theater, Kinos und anderer Schaustellungen, die Fahrpreise der SBB. und der Straßenbahnen, die Post-, Telephon- und Radiogebühren und die Beiträge an die Sozialversicherungen, haben keine Erhöhung erfahren. Anderseits sind die Preise für Haushaltungs- und Küchengeräte, Toi-

lettenartikel, Schreibmaterialien, Bücher, Zeitungen, Radiobestandteile, Fahrräder usw. dem allgemeinen Preisniveau gefolgt. Wir schätzen die durchschnittliche Steigerung der Kulturausgaben im ersten Kriegsjahre auf 7 bis 7½ Prozent. Die Berücksichtigung der Kulturausgaben im Index würde daher dessen Steigen keineswegs stark abschwächen.

Vor allem aber ist auch hier hervorzuheben, daß die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung aus der geringeren Erhöhung der Kulturausgaben viel weniger Nutzen ziehen als die wohlhabenderen. Bekanntlich ist der Anteil der Existenzausgaben an den Gesamtausgaben desto größer, je kleiner das Einkommen ist. Die folgende Übersicht, die sich auf die bereits erwähnten Basler Haushaltungsrechnungen stützt, mag dies belegen.

Einkommen	Existenzausgaben	Kulturausgaben	Existenzausgaben	Kulturausgaben
Fr.	Fr.	Fr.	%	%
3000	2400	600	80	20
4000	3000	1000	75	25
5000	3500	1500	70	30
6000	3900	2100	65	35
8000	4700	3300	59	41
10000	5400	4600	54	46

Hieraus folgt zweierlei. Einmal, daß die durchschnittliche Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten für kleine Einkommen größer ist als für große. Eine Erhöhung der Existenzausgaben um 10 Prozent und eine solche der Kulturausgaben um 7,5 Prozent ergibt bei 3000 Franken Einkommen eine durchschnittliche Erhöhung der gesamten Lebenshaltungskosten um 9,5 Prozent, bei 10 000 Franken Einkommen dagegen nur noch eine solche um 8,8 Prozent. Zweitens aber sind die ärmeren Schichten in viel geringerem Maße imstande, die Teuerung auf die relativ entbehrlichen Kulturausgaben abzuwälzen. Sie müssen am Notwendigsten sparen. Erhöhen sich die Kosten des Existenzaufwandes um 10 Prozent, so entsteht bei einem Einkommen von 10 000 Franken eine Mehrausgabe von 540 Franken, die bei unverändertem Einkommen schon durch eine Reduktion des Kulturaufwandes um 12 Prozent gedeckt werden kann. Dagegen müßten bei einem Einkommen von 3000 Franken die Kulturausgaben um nicht weniger als 40 Prozent vermindert werden, soll der Existenzbedarf nicht weiter eingeschränkt werden!

Inzwischen steigen die Preise weiter, und immer allgemeiner wird das Begehren, die Teuerung durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß dies leicht in den verhängnisvollen Kreislauf eines sich gegenseitig bedingenden und immer rascher werdenden Steigens des gesamten Lohn-, Kosten- und Preisniveaus hineinführen kann, das wir im letzten Krieg erlebten und bei dem der Lohnempfänger letzten Endes doch der Leidtragende ist. Anderseits ist die Forderung einer Entlastung der untersten Einkommensschichten unumgänglich. Es scheint uns jedoch, daß man an Stelle von Lohnerhöhungen wenigstens teilweise zu der Abgabe verbilligter Nahrungsmittel an bestimmte Bevölkerungskreise greifen könnte. Es böte dies verschiedene Vorteile.

Einmal würde diese Maßnahme wohl nicht in gleicher Weise auch zur Erhöhung aller übrigen Lohneinkommen Anreiz bieten, wie dies jede direkte Lohnsteigerung tut. Ein zweiter Vorteil läge darin, daß die Abgabe verbilligter Nahrungsmittel eine Art Familienzulage für kinderreiche Familien bedeuten würde. Denn die Ausgaben für Nahrungsmittel nehmen mit der Kinderzahl stark zu. Bei einem Einkommen von rund 5500 bis 6000 Franken werden nach Zürcher Haushaltungsrechnungen für Nahrungsmittel aufgewendet von Familien

ohne Kinder	23	Prozent	der	Gesamtausgaben
mit 1 Kind	25	»	»	»
mit 2 Kindern	28	»	»	»
mit 3 und mehr Kindern	33	»	»	»

Durch eine Verbilligung bestimmter Nahrungsmittel lassen sich daher gerade kinderreiche Familien stark entlasten. Man müßte die Bezugsberechtigung für solche Nahrungsmittel natürlich nach der Kopfzahl bemessen; ja, man könnte sogar ins Auge fassen, für Kinder besonders stark verbilligte Rationen abzugeben.

Drittens wäre es möglich, auf diesem Wege den Verbrauch wenigstens eines Teiles der Bevölkerung dem jeweiligen Stand der Nahrungsmittelversorgung anzupassen, indem man solche Nahrungsmittel verbilligt, die verhältnismäßig reichlich vorhanden sind. Die Konsumlenkung, die in andern Ländern längst üblich ist, wird auch bei uns immer dringendere Aufgabe. Ermahnungen in der Presse, mehr Gemüse, Obst usw. zu essen, nützen wenig, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung immer stärker abnimmt.

Technisch ist die Abgabe verbilligter Lebensmittel bei der fortschreitenden Rationierung ohne Schwierigkeiten durchzuführen. Man hat die Konsumlenkung als die «Sklaverei des Konsums» bezeichnet — die schlimmste Sklaverei, die es überhaupt gebe. Gewiß, sie ist auch nicht unser Ideal. Wir dürfen jedoch die Augen vor den harten Forderungen der Notwendigkeit nicht verschließen. Dr. *W. Bickel.*

AUS UNSEREN GENOSSENSCHAFTEN

Die Luftschutzorganisation der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Limmattal

Mehr als einmal haben die Geschehnisse der letzten Zeit bewiesen, daß eine befriedigende Luftschutzorganisation nicht einfach aus dem Boden gestampft werden kann, sondern einer rechtzeitigen und sorgfältigen Vorbereitung bedarf. Ist die aktive Fliegerabwehr vornehmlich Aufgabe der Armee, so hat beim passiven Luftschutz die Zivilbevölkerung in sehr weitgehendem Maße mitzuwirken, geht es dabei doch in erster Linie um ihre eigene Sicherheit.

In dieser Erkenntnis hat auch der Vorstand der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Limmattal seit langem alle mit dem zivilen Luftschutz verbundenen Fragen aufmerksam verfolgt und im Schoße der GBL.-Kolonie mit der Zeit eine private Luftschutzorganisation geschaffen, die wohl das Maximum dessen darstellt, was von einer Baugenossenschaft verlangt werden kann.

Vorerst wurde die strikte Durchführung der Vorschriften über die Verdunkelung und die Entrümpelung der Dachräume überwacht und, soweit es sich um von den Mietern gemeinsam benützte Räume handelt, die notwendigen Vorkehren durch die Genossenschaftsleitung selbst getroffen. Sodann